

FINNLANDS NEUER PRÄSIDENT

NACH 56 JAHREN STEHT WIEDER EIN KONSERVATIVER AN DER SPITZE DER REPUBLIK

Andreas M. Klein

Finnland hat einen neuen Präsidenten. Der als Favorit in der zweiten Runde angetretene Kandidat der nationalkonservativen Sammlungspartei (Kansallinen Kokoomus), Sauli Niinistö, setzte sich am Ende deutlich mit 62,4 zu 37,4 Prozent gegen Pekka Haavisto von der Grünen Liga (Vihreä liito) durch. Mit Spannung ist der Wettstreit um das höchste Staatsamt der Republik Finnland in Europa beobachtet worden, hatte das Land doch zuletzt vor allem durch den relativen Wahlerfolg der europakritischen Wahren Finnen (Perussuomalaiset) bei der Parlamentswahl im vergangenen Jahr auf sich aufmerksam gemacht. Dass letzten Endes die beiden ausgesprochenen Europa-Befürworter Niinistö und Haavisto das Finale unter sich ausmachten, kann dagegen durchaus als Zeichen für die Europatreue der Finnen gewertet werden. Timo Soini, der Vorsitzende der Wahren Finnen, schied bereits in der ersten Runde aus, als Viertplatzierte mit 9,4 Prozent hinter Niinistö, Haavisto und dem Zentrums kandidaten Paavo Väyrynen. Bei der Parlamentswahl im April 2011 hatte er seine nationalpopulistische Protestbewegung noch mit 19 Prozent Stimmenanteil auf den dritten Platz geführt.

Enttäuschend ist das Wahlergebnis für die Sozialdemokraten (Suomen Sosialidemokraattinen Puolue, SDP), die mit dem langjährigen Ministerpräsidenten Finnlands, Paavo Lipponen (1995-2003), ein Urgestein der finnischen Sozialdemokratie ins Rennen geschickt haben. Mit 6,7 Prozent und einem ernüchternden fünften Platz schied Lipponen bereits in der ersten Runde aus. Die sozialdemokratische Amtsinhaberin Tarja Halonen durfte nach zwei Amtszeiten nicht wieder kandidieren und wird am 1. März die Amtsgeschäfte an ihren Nachfolger übergeben.



Andreas M. Klein ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lettland und zuständig für das Programm Ostsee-Kooperation.

Was sich zunächst wie eine alltägliche Nachricht über einen bevorstehenden Personalwechsel im obersten Staatsamt eines europäischen Landes liest, lohnt angesichts des politischen Farbwechsels im Präsidentinlinna, dem

Eine Eintragung auf Twitter: Bei einer Autofahrt zusammen mit ihren Eltern habe ein kleines Mädchen die Frage gestellt: „Darf auch ein Mann finnischer Präsident werden?“

Amtssitz des Präsidenten, eine genauere Betrachtung. Während der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, am 22. Januar, berichtete der öffentliche TV-Sender YLE über eine Eintragung auf Twitter: Bei einer Autofahrt zusammen mit ihren Eltern habe ein kleines Mädchen die Frage gestellt: „Darf auch ein Mann finnischer Präsident werden?“ Aufgrund der zwölfjährigen Amtszeit Tarja Halonens durchaus ein berechtigter Einwand einer Heranwachsenden. Angesichts der drei Dekaden andauernden Ära sozialdemokratischer Staatsoberhäupter in Finnland könnte dies noch ergänzt werden mit der Frage: „Ist es möglich, dass der Präsident kein Sozialdemokrat ist?“

Mit Sauli Niinistö zieht nicht nur ein männlicher Politiker, sondern dazu noch ein Konservativer, in den Präsidentenpalast ein. Erstmals seit Juho Kusti Paasikivi (1946-1956) und zum dritten Mal überhaupt im unabhängigen Finnland seit 1917 kommt das Staatsoberhaupt aus den Reihen der konservativen Kokoomus-Partei. Dazwischen liegen die 26-jährige Amtszeit des legendären Präsidenten Urho Kekkonen von der Zentrumsparterie (1956-1982) sowie die 30-jährige sozialdemokratische Periode mit den Amtsträgern Mauno Koivisto (1982-1994), Martti Ahtisaari (1994-2000) und Tarja Halonen (2000-2012). Damit stehen erstmals in der Geschichte des unabhängigen Finnlands mit Ministerpräsident Jyrki Katainen und Staatspräsident Sauli Niinistö zwei konservative Parteivertreter an der Spitze der Republik.

SCHWÄCHE DER SOZIALDEMOKRATIE

Wenngleich die Dominanz der Sozialdemokratischen Partei in Finnland zu keinem Zeitpunkt vergleichbar war mit den Sozialdemokratischen Bewegungen in den nordischen Nachbarländern Schweden oder Dänemark, zeugen fünf sozialdemokratische Ministerpräsidenten und knapp vierzig Jahre Regierungsbeteiligung seit Kriegsende von einem hohen Maß an politischer Gestaltungskraft in den zurückliegenden sechs Jahrzehnten. Der zunehmende Machtver-

lust der SDP kündigte sich jedoch bereits bei der Parlamentswahl im Jahr 2007 an, als die Partei mit 21,4 Prozent das schlechteste Resultat seit 45 Jahren einholte. Dieses wurde bei der Wahl im zurückliegenden April nochmals mit 19,2 Prozent unterboten. Einzig die Schwäche der beiden anderen großen Parteien Kokoomus und Kes-kusta (Zentrumspartei), die gemeinsam keine Regierung bilden konnten, sowie das Erstarren der Wahren Finnen, die mit niemanden eine Regierung bilden wollten, ermöglichte es der SDP dennoch, einen Platz am Kabinetttisch von Ministerpräsident Jyrki Katainen einzunehmen. Seitdem versucht die SDP, allen voran ihre Vorsitzende, Finanzministerin Jutta Urpilainen, in der Six-Pack genannten Sechs-Parteien-Koalition ihr sozialdemokratisches Profil zu schärfen.

Seit April 2011 versucht die SDP, allen voran Finanzministerin Jutta Urpilainen, in der Sechs-Parteien-Koalition ihr sozialdemokratisches Profil zu schärfen.

Angesichts eines konservativen Gegners, der längst nicht mehr die Errungenschaften des finnischen Wohlfahrtsstaates infrage stellt, sowie mit drei direkten Konkurrenten – der Linken Allianz, den Wahren Finnen und mit Abstrichen der Grünen Liga –, die mit ihren Politikansätzen um das traditionell sozialdemokratische Arbeitermilieu buhlen, ist dies kein leichtes Unterfangen. Die jahrzehntelange Praxis von Großkoalitionen mit teilweise vier und mehr Parteien hat zu einem breiten Konsens in zentralen Politikfeldern geführt. In keinem Land der Welt ist das Ausmaß an Korruption niedriger, die Lebensqualität vergleichbar hoch, Chancengleichheit soziale Schichten und Geschlechter übergreifend derart verwirklicht wie in Finnland, das im Jahr 2010 von der amerikanischen Zeitschrift *Newsweek* zum „besten Land der Welt“ gekürt wurde.¹ Keine der führenden Parteien stellt heute das finnische Sozial- und Wohlfahrtsmodell mit frei zugänglicher Schul- und Universitätsausbildung, freier Heilfürsorge und einem engen sozialen Netz für die Schwächsten der Gesellschaft in Frage. Zudem zeugte nicht zuletzt auch die Kandidatur des mittlerweile 69-jährigen Paavo Lipponen von den demografischen Herausforderungen der Sozialdemokratischen Partei, deren Mitglieder einen Altersdurchschnitt von knapp über 60 Jahren aufweisen. Während die Verjüngung des Parteivor-

1 | Vgl. Adam Clarkson et al., „Interactive Infographic of the World's Best Countries“, *Newsweek/The Daily Beast*, <http://thedailybeast.com/newsweek/2010/08/15/interactive-infographic-of-the-worlds-best-countries> [21.03.2012].

standes mit der Wahl der damals 33-jährigen Jutta Urpilainen im Jahr 2008 zur Vorsitzenden der Sozialdemokraten eingeleitet wurde, steht die Öffnung der Partei und die gezielte Ansprache jüngerer Mitglieder noch aus. Bei der Präsidentschaftswahl lag der Kandidat der Grünen Liga, Pekka Haavisto, bei den Jungen und Erstwählern nicht zuletzt aufgrund eines engagierten und modernen Internetwahlkampfes vorne.

Dass Haavisto es überhaupt in die zweite Runde geschafft hat, zeigt wie sehr sich Finnland in den vergangenen Jahren gesellschaftlich verändert hat. Mit durchschnittlich 7,5 Prozent Stimmenanteil bei zurückliegenden Parlamentswahlen gehört die im Jahr 1987 gegründete Grüne Liga zwar mittlerweile zum politischen Establishment, verfügte allerdings bislang nicht in Ansätzen über präsidentenschafts-fähige Unterstützung. Darüber hinaus galt Pekka Haavisto als bekennender Homosexueller, der seit Jahren mit seinem aus Lateinamerika stammenden Partner in einer registrierten Lebensgemeinschaft lebt, allen liberalen Bekenntnissen der Finnen zum Trotz als absoluter Außenseiterkandidat. Sein Einzug in die zweite Runde kann daher als Überraschung gelten.

Noch vor zwölf Jahren, als die damalige Außenministerin Halonen erstmals für das Präsidentenamt kandidierte, war das Verhältnis mit ihrem Partner Pentti Arajärvi, mit dem sie seit 15 Jahren unverheiratet zusammenlebte, noch Gesprächsthema in der Öffentlichkeit, ebenso wie ihr Engagement im Verein für sexuelle Gleichberechtigung (SETA), deren Vorsitzende sie als junge Parlamentsabgeordnete war. Seitdem hat sich die Akzeptanz gleichberechtigter

Partnerschaften während der ersten Amtszeit einer Frau an der Spitze des Staates verändert. Seit 2002 sind gleichberechtigte Partnerschaften vor dem Gesetz anerkannt, seit 2009 haben gleichgeschlechtliche Paare das Recht, die biologischen Kinder ihrer Partner

Seit 2002 sind gleichberechtigte Partnerschaften vor dem Gesetz anerkannt, seit 2009 haben gleichgeschlechtliche Paare das Recht, die biologischen Kinder ihrer Partner zu adoptieren.

zu adoptieren. Weder die sexuelle Orientierung Pekka Haavistos noch der Altersunterschied Sauli Niinistö zu seiner um 29 Jahre jüngeren zweiten Frau spielten während der Kampagne eine Rolle. Vielmehr schien es, als ob die finnischen Wähler die Parlamentswahl vom April 2011, als Europa mit Argwohn das Erstarken der europaskeptischen

Wahren Finnen beobachtete, vergessen machen wollten. Da dem Präsidenten nach der Verfassungsänderung des Jahres 2000 im Wesentlichen repräsentative Aufgaben und einzig in der Außen- und Verteidigungspolitik noch Gestaltungskompetenzen zukommen, scheint es kein Zufall zu sein, dass die beiden europafreundlichen Kandidaten Haavisto und Niinistö am Ende das Rennen unter sich ausmachten.

ROLLE DES PRÄSIDENTEN

In den vergangenen zwanzig Jahren wurde das politische System Finnlands schrittweise von einem semipräsidentiellen zu einem „dreiviertel-parlamentarischen“² Regierungssystem verändert, in dem der Präsident nur noch auf wenige exekutive Aufgaben wie beispielsweise die Funktion des Obersten Befehlshaber der Streitkräfte beschränkt ist. Zur Neugestaltung der präsidentiellen Befugnisse haben zum einen die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Beitritt zur Europäischen Union veränderten außenpolitischen Herausforderungen und zum andern die gewachsene innenpolitische Stabilität durch zunehmende Koalitionselastizität und -kapazität der Parteien beigetragen, die keine Intervention des Präsidenten wie noch in zurückliegenden Dekaden erforderte.³

Die Idee des Präsidenten als starke Exekutive fand ihren Ursprung im blutigen Bürgerkrieg zwischen „Weißen“ (Bürgerlichen) und „Roten“ (Sozialisten) nach der Erlangung der Unabhängigkeit vom Russischen Reich im Jahr 1917. Die herausgehobene Stellung des Präsidenten in der Verfassung von 1919 war die Antwort auf die Furcht des im Bruderkrieg siegreichen bürgerlichen Lagers vor politischer Radikalisierung. Der Präsident sollte Aufseher über das demokratisch gewählte Parlament und damit Wahrer der politischen Ordnung sein. Das Amt war mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet, bis zum Recht, das finnische Parlament, die Eduskunta, ohne Rücksicht auf die Meinung der regierenden Fraktionen jederzeit aufzulösen.

Die herausgehobene Stellung des Präsidenten in der Verfassung von 1919 war die Antwort auf die Furcht des im Bruderkrieg siegreichen bürgerlichen Lagers vor politischer Radikalisierung.

- 2 | Antero Jyränki, „Finland: Foreign Affairs as the Last Stronghold of the Presidency“, *EuConst* 3, 2007, 285-306, 285.
- 3 | Vgl. Heikki Paloheimo, „The Rising Power of the Prime Minister in Finland“, *Scandinavian Political Studies*, Bd. 26, Nr. 3, 2003, 219-243.

Wenngleich es bereits in den 1930er Jahren Versuche gab, die Stellung des Präsidenten zu beschneiden, unterminierte der Krieg alle entsprechenden Vorstöße. Die entscheidende Rolle der Präsidenten Risto Ryti (1940-1944) und Carl Gustaf Mannerheim (1944-1946) bei der Beschwörung der nationalen Einheit und Verteidigung der Integrität der finnischen Grenzen im verlustreichen Winter- und anschließenden Fortsetzungskrieg beförderten das Ansehen des Staatsoberhauptes als Anführer der Nation. Die veränderte Weltlage nach 1945 stärkte die Stellung des finnischen Staatsoberhauptes als Gestalter der nationalen Außenpolitik.

Bereits während der 26-jährigen Amtszeit von Präsident Urho Kekkonen setzte eine Diskussion über die dominante Position des Staatsoberhauptes ein, die ab Mitte der 1980er Jahre zu Korrekturen in der finnischen Verfassung führte, wie beispielsweise der Direktwahl des Präsidenten durch das Volk sowie der Begrenzung der Amtszeit auf maximal zweimal sechs Jahre. Schließlich erforderte

Der Beitritt Finnlands zur EU 1995 erforderte eine gänzlich neue Regelung zu den außenpolitischen Entscheidungsbefugnissen zwischen Regierung und Präsident.

der Beitritt Finnlands zur Europäischen Union im Jahr 1995 eine gänzlich neue Regelung zu den außenpolitischen Entscheidungsbefugnissen zwischen Regierung und Präsident. Infolgedessen wurde eine Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine große Verfassungsreform eingesetzt, die schließlich in der Verabschiedung einer neuen Verfassung (*perustuslaki*) im Jahr 2000 mündeten. Sie beschnitt die meisten der präsidentiellen Befugnisse der Verfassung von 1919. Weder hat der Präsident seitdem noch Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf die Bildung des Regierungskabinetts noch auf die Verabschiedung von Gesetzesvorlagen der Regierung. Zwar kann der Präsident nach wie vor seine Unterschrift unter ein Gesetz verweigern, dies hat allerdings lediglich noch aufschiebende Wirkung, da die abschließende Abstimmung über den Gesetzesvorschlag – auch ohne Unterschrift des Präsidenten – dem Parlament obliegt. Darüber hinaus entfällt das Vetorecht des Präsidenten über den Staatshaushalt.

Wenngleich das Staatsoberhaupt nach Innen der meisten seiner Rechte beschnitten wurde, sieht auch die neue Verfassung noch den Oberbefehl über die Streitkräfte sowie eine Mitgestaltung in der Außenpolitik in Zusammenarbeit

mit der Regierung vor. Zwar obliegt die Vorbereitung von Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, der Regierung in Abstimmung mit dem Parlament. Dennoch entscheidet der Präsident nach wie vor selbst, ob er an den EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs teilnimmt.⁴

FINNLANDS NEUTRALITÄTSPOLITIK ZWISCHEN DEN BLÖCKEN

Der Beitritt Finnlands zur Europäischen Union im Jahr 1995 bedeutete einen tiefen Einschnitt in die bis dato strikte Neutralitätspolitik, die aus der geostrategischen Lage des Landes mit einer 1.270 Kilometer langen Grenzen zu Russland (ehemals Sowjetunion) herrührt. Die Besetzung Finnlands durch die Rote Armee konnte zwar nach 1945 verhindert werden, dennoch forderte der unmittelbare Verlauf des „Eisernen Vorhangs“ entlang der östlichen Grenze Finnlands ein besonderes Fingerspitzengefühl der finnischen Staatsführung. Das persönliche Verhältnis der finnischen Präsidenten zu ihren sowjetischen Gegenübern spielte in den Jahrzehnten der Blockteilung daher eine zentrale Rolle in der finnischen Außenpolitik.

Der unmittelbare Verlauf des „Eisernen Vorhangs“ entlang der östlichen Grenze Finnlands forderte ein besonderes Fingerspitzengefühl der finnischen Staatsführung.

Unter Präsident Juho Kusti Paasikivi (1946-1956) wurde die Grundlage finnischer Außenpolitik gelegt, die bis zur Zeitwende 1990/1991 ihre Anwendung finden sollte. Paasikivi, ein überzeugter Anti-Kommunist und ehemaliger Ministerpräsident der national-konservativen Finnischen Partei (Suomalainen Puolue, später Kokoomus), verstand aufgrund der zurückliegenden Kriegserfahrung, dass nur eine Verständigung mit der Sowjetunion unter Wahrung beidseitiger Sicherheitsinteressen die langfristige Sicherheit Finnlands und die Integrität seiner Landesgrenzen garantieren würde. Unter den Eindrücken des Staatsstreichs der tschechischen kommunistischen Partei im Februar 1948 und der endgültigen Machtübernahme der Kommunisten in Prag sowie kursierender – letzten Endes nie bestätigter – Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich der

4 | Neben Finnland entsendet nur Frankreich sowohl den Präsidenten als auch den Ministerpräsidenten zu den EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, wenngleich das finnische System nur ansatzweise mit dem präsidentialen System Frankreichs vergleichbar ist.

Kommunisten in Helsinki, forcierte Präsident Paasikivi die Anstrengungen, einen Ausgleich mit den Machthabern in Moskau zu erreichen. Im April 1948 schlossen Finnland und die Sowjetunion ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen, um den gegenseitigen Sicherheitsinteressen zu begegnen. Während die Sowjetunion einen Angriff des Westens über finnisches Territorium ausschließen wollte, hoffte die Führung in Helsinki, Finnlands Unabhängigkeit und Neutralität zwischen den Blöcken zu wahren.

Der Vertrag wirkte sich stabilisierend aus und bildete als Paasikivi-Doktrin die Grundlage finnischer Außenpolitik bis zur Auflösung der Sowjetunion.

Paasikivi ging davon aus, dass die Führung in Moskau ein unabhängiges Finnland nur dann akzeptieren würde, wenn es peripher für die sowjetischen Interessen in Mittel- und Osteuropa erschiene. Der Vertrag, eine Mischung aus Neutralitätsgarantie und Bekenntnis zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, wirkte sich stabilisierend aus und bildete als Paasikivi-Doktrin (später Paasikivi-Kekkonen-Linie) die Grundlage finnischer Außenpolitik bis zur Auflösung der Sowjetunion. Diese später als „Finnlandisierung“ bezeichnete Balancepolitik zwischen den beiden antagonistischen Blöcken fand ihren Höhepunkt in der Ausrichtung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki in den Jahren 1972 bis 1975.

Erst nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes begann eine grundlegende Neuausrichtung finnischer Außenpolitik mit den Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union ab 1991 und anhaltenden Diskussionen über die Aufgabe der Neutralität mit dem Beitritt zur NATO, die bis zum heutigen Tage anhält. Nicht zuletzt die scheidende Staatspräsidentin Tarja Halonen wandte sich stets gegen einen Beitritt Finnlands zum Transatlantischen Verteidigungsbündnis und stand auch einem Beitritt der baltischen Staaten zur NATO reserviert gegenüber.⁵ Halonen setzte die Tradition der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Russland fort. Sowohl zu Präsident Dmitri Medwedew als auch zu Ministerpräsident Wladimir Putin werden ihr gute Kontakte nachgesagt. Das gegenseitige Vertrauen beider Länder drückt sich neben den intensiven politischen Konsultation auch in den wirtschaftlichen Beziehungen aus: Russland ist der drittgrößte Absatzmarkt finnischer Güter;

5 | Vgl. Interview mit Tarja Halonen, *Der Spiegel*, 15/2001, 168-171.

gemessen am Gesamtumsatz stellt Russland mit 14 Prozent gar den größten Handelspartner Finnlands dar. Unter den rund 170.000 in Finnland registrierten Ausländern stellen russische Zuwanderer inzwischen mit etwa einem Drittel die größte Migrantengruppe.

HALONENS VERMÄCHTNIS

Angesichts des überschaubaren Anteils an Migranten an der Gesamtbevölkerung mutet es befremdlich an, wenn das scheidende Staatsoberhaupt Tarja Halonen vor wachsender Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit warnt. Dennoch scheint gerade auch der Zulauf der Wahren Finnen bei den letzten Kommunal- und Parlamentswahlen Beleg für eine wachsende Verunsicherung von Teilen der Bevölkerung vor fremder Einflussnahme zu sein, zumal diese Partei in ihrer Kampagne nicht zuletzt die Immigrations- und Europapolitik der Regierung attackiert hatte. So ist es bis zuletzt vor allem die Menschenrechtspolitik, die sich wie ein roter Faden durch die beiden Amtszeiten Halonens zieht. In ihrer letzten Neujahrsansprache hob sie nochmals Begriffe wie Gleichheit und Solidarität als die Grundpfeiler der finnischen Gesellschaft hervor. Trotz aller Errungenschaften des Nordischen Wohlfahrtsmodells warnte sie vor einem Auseinanderdriften der Gesellschaft und warb für den inneren Zusammenhalt, der sich in gegenseitiger Solidarität ausdrücken soll. Nochmals betonte sie, dass ihr diese Solidarität nicht nur ein Herzensanliegen im eigenen Land sei, sondern dass Finnland ebenso eine Vorreiterrolle beim Kampf gegen Armut und Ungleichheit in der Welt spielen müsse. Die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015 müsse daher nach wie vor auf der außenpolitischen Agenda des Landes stehen.

Halonen warnte in ihrer letzten Neujahrsansprache vor einem Auseinanderdriften der Gesellschaft und warb für den inneren Zusammenhalt, der sich in gegenseitiger Solidarität ausdrücken soll.

Für Halonen stellten die Versammlungen der Vereinten Nationen (VN), zunächst als Außenministerin in den Jahren 1995 bis 2000, anschließend als Staatspräsidentin, das zentrale Forum zur Konfliktbeilegung und Lösung globaler Herausforderungen dar. Die Aufnahme Finnlands als rotierendes Mitglied in den VN-Sicherheitsrat für die Jahre 2013 und 2014, um die sich Finnland neben Australien und Luxemburg in der WEO-Gruppe (Gruppe der westeu-

ropäischen und anderen Staaten) beworben hat, wäre die Krönung ihres diplomatischen Werbens in den zurückliegenden 15 Jahren und würde als Vermächtnis ihrer zwölfjährigen Amtszeit als Präsidentin angesehen. Für Finnland wäre eine positive Zusage bei der 67. Versammlung der Vereinten Nationen im Oktober 2012 nach 1969/1970 und 1990/1991 die dritte Mitgliedschaft im innersten Zirkel der VN. Sie bedeutete für viele Finnen die Anerkennung für ihre ungebrochene Beitragstreue in finanzieller wie personeller Hinsicht über die vergangenen Jahrzehnte.

Der 1943 geborenen Tarja Halonen selbst werden immer wieder Ambitionen auf eine internationale Verwendung im Anschluss an ihre Amtszeit nachgesagt. Im Jahr 2006 war sie kurzzeitig im Gespräch als Nachfolgerin von VN-Generalsekretär Kofi Annan. Zuletzt saß sie gemeinsam mit Südafrikas Präsident Jacob Zuma der hochrangigen VN-Arbeitsgruppe zur globalen Nachhaltigkeit (High-level Panel on Global Sustainability) vor, die am 30. Januar 2012 ihren Abschlussbericht *Resilient People, Resilient Planet: A Future Worth Choosing* in Addis Ababa vorgestellt hat.

Entgegen der Strategie der finnischen Regierung hat Halonen sich während ihrer Amtszeit klar gegen den Ausbau der atomaren Energiekapazitäten ausgesprochen.

Neben der Menschenrechtsthematik ist zu erwarten, dass sie sich zukünftig weiterhin in die aktuelle Klimadiskussion einbringen wird. Entgegen der Strategie der finnischen Regierung hat sie sich während ihrer Amtszeit klar gegen den Ausbau der atomaren Energiekapazitäten ausgesprochen. Gegenwärtig entsteht in Eurajoki in Südwestfinnland der fünfte Atomreaktor des Landes. Der vom finnischen Energiekonzern Teollisuuden Voima in Auftrag gegebene Reaktor Olkiluoto 3 soll Anfang 2013 ans Netz gehen. Ungeachtet der europaweiten Energiediskussion nach dem Atomunglück im japanischen Fukushima hat das finnische Parlament seine Entscheidung vom 1. Juli 2010 zum Bau zweier weiterer Atommeiler nicht aufgehoben.

EIN KONSERVATIVER IM PRESIDENTINLINNA

Mit dem 63-jährigen Sauli Niinistö zieht nun ein Politiker als zwölfter Präsident der Republik Finnland in den Präsidentenpalast ein, der neben reichlich außenpolitischer, insbesondere europäischer Erfahrung ebenso finanzpolitischen Sachverstand mitbringt. Als Finanzminister unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen war

er maßgeblich an der Einführung des Euro in Finnland beteiligt. In dieser Funktion sowie als stellvertretender Vorsitzender der in Luxemburg ansässigen Europäischen Investitionsbank und zuletzt als Präsident des finnischen Parlaments hat er sich einen Ruf als „Mann der Tat“ und als solider Finanzier erworben, der auch nicht davor scheut, seine eigene Partei, die national-konservative Kokoomus, der er von 1994 bis 2001 als Vorsitzender vorstand, in die Schranken zu weisen. Sein Tatendrang und Arbeitsethos waren im Wahlkampf in den Slogan „Der Präsident ist bei der Arbeit“ (*Presidentti on työ*) gegossen worden.

Sauli Niinistö hat sich einen Ruf als solider Finanzier erworben, der auch nicht davor scheut, seine eigene Partei, die national-konservative Kokoomus, in die Schranken zu weisen.

Von Hause aus Anwalt, erlernte Niinistö das politische Handwerk, als er 1977 das erste Mal in den Stadtrat seiner Heimatstadt Salo in Südwest-Finnland gewählt wurde. Diesem gehörte er auch noch an, als er 1987 nach zunächst zwei vergeblichen Anläufen in die Eduskunta gewählt wurde. Während er dort rasch zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses sowie der damals um Profil ringenden Kokoomus-Partei gewählt wurde und zu einem über die Parteigrenzen hinaus geachteten Parlamentarier aufstieg, nahm sein Privatleben eine tragische Wende. Im Januar 1995 starb seine Frau Marja-Leena, mit der er 21 Jahre verheiratet war, auf der Rückfahrt einer Parteiversammlung bei einem Verkehrsunfall.

Seine politische Karriere setzte er fort, nachdem Kokoomus trotz der Wahlniederlage im Jahr 1995 mit 17,9 Prozent der Regenbogen-Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Paavo Lipponen beitrug. Niinistö übernahm zunächst das Amt des Justizministers, bevor er ein Jahr später ins Finanzministerium berufen wurde. Von 1996 bis 2003 gelang es ihm als Finanzminister mit einem strikten Konsolidierungskurs das finnische Haushaltsdefizit in einen Überschuss zu verwandeln. Im Jahr 2002 führte Finnland planmäßig den Euro ein, nachdem die Maastricht-Kriterien deutlich erfüllt waren.

Bereits bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 bat ihn seine Partei, aufgrund seines Ansehens als Gegenkandidat gegen die Sozialdemokratin Halonen anzutreten. Zum Leidwesen vieler folgte er der Aufforderung nicht, kündigte stattdessen seinen Teilrückzug aus der Politik an. Im Jahr

2001 legte er den Parteivorsitz nieder. Bei der Parlamentswahl 2003 trat er nicht wieder an. Stattdessen zog er es vor, als stellvertretender Vorstandsvorsitzender zur Europäischen Investitionsbank zu wechseln.

Niinistö konnte 2006 viele Stimmen hinzugewinnen, so dass die Wahlniederlage denkbar knapp ausfiel. Dies führte zu einer Renaissance der Kokoomus.

Sein politisches Comeback in Finnland feierte Niinistö im Jahr 2006, als ihm Kokoomus – diesmal erfolgreich – erneut die Präsidentschaftskandidatur antrug. Niinistö konnte viele

Stimmen hinzugewinnen, so dass die Wahlniederlage denkbar knapp ausfiel – seine Partei hatte das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte errungen. Dies führte zu einer Renaissance der national-konservativen Kokoomus. Als neu gewählter Parlamentspräsident kritisierte Niinistö in den folgenden Jahren die ineffiziente Verwaltung des Parlaments und prangerte dessen mangelnde Wirtschaftlichkeit an. Dabei machte er auch nicht vor seiner eigenen Partei und der von seinem Parteivorsitzenden Jyrki Katainen seit Sommer 2011 geführten Regierung Halt, was ihm zusätzliche Popularität einbrachte. Mit der Wahl zum Staatsoberhaupt wird eine politische Karriere gekrönt, die, nicht frei von persönlichen Schicksalsschlägen⁶, ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Geradlinigkeit aufweist.

FAZIT

Wenngleich Tarja Halonen jeweils im Jahr 2000 und 2006 sich mit lediglich knappen Mehrheiten gegen ihre Mitbewerber Esko Aho und Sauli Niinistö bei der Wahl zum Staatsoberhaupt durchsetzte, erfreute sie sich während ihrer beiden Amtszeiten einer großen Beliebtheit. Der Unterstützung einer breiten Mehrheit der Bevölkerung konnte sie sich sicher sein. Sauli Niinistö wurde bei der Präsidentschaftswahl 2012 seiner Favoritenrolle von vornherein gerecht. Mit

62,4 Prozent erzielte er das beste Ergebnis eines Kandidaten seit Einführung der Direktwahl des Präsidenten im Jahr 1994. Die Wahlbeteiligung hat jedoch mit 68,9 Prozent Wahlbeteiligung in der zweiten Runde ein Allzeittief bei der

6 | Im Dezember 2004 entkam Niinistö mit seinen beiden Söhnen während des Winterurlaubs nur denkbar knapp der tödlichen Tsunami-Welle im thailändischen Khao Lak. Durch das Emporklettern an einem Telefonmast konnte sich die Familie vor den Wassermassen retten.

Präsidentenwahl erreicht. Angesichts rückläufiger Wahlbeteiligung auch bei Kommunal- und Parlamentswahlen fällt Niinistö in seinem neuen Amt daher die Aufgabe zu, die Menschen wieder zusammenzuführen und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Prozesse zu stärken. Nicht zuletzt das Verständnis für Europa wird er bei vielen der Euro-Rettung kritisch gegenüber eingestellten Landsleuten wiederbeleben müssen. Aufgrund seines finanz- und europapolitischen Hintergrundes bringt er gute Voraussetzung mit, auf diesem Gebiet stärkere Akzente zu setzen als seine Vorgängerin. Der Handlungsspielraum nach Innen ist für den Präsidenten begrenzt, dennoch kann er als moralische Instanz Diskussionen auch über innenpolitische Themen anstoßen.

Außenpolitisch könnte ein konservativer Staatspräsident darüber hinaus Bewegung in die Annäherung Finnlands an die NATO bringen. Die Sozialdemokratin Halonen hatte einen Beitritt ihres Landes bis zuletzt ausgeschlossen. Die Diskussion über die negativen Konsequenzen eines möglichen Beitritts liegt tief in der finnischen Geschichte und Identität begründet. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist damit die Furcht verbunden, erlernte Fähigkeiten zu gefährden, die das Überleben in der Nähe eines großen und ungestümen Nachbarn garantierten. Blockfreiheit und das Vermeiden von Konfrontation haben dem Land in der Vergangenheit gut getan. Trotz aller Abwehrreflexe gegenüber einem institutionalisierten Beitritt zur NATO nehmen finnische Soldaten bereits heute an NATO- bzw. EU-geführten friedenssichernden Operationen in Afghanistan, dem Balkan und am Horn von Afrika teil. Noch hat sich Präsident Niinistö in diese Richtung nicht eindeutig positioniert. Dennoch könnte eine mögliche Neuausrichtung des schwedischen Nachbarn in dieser Hinsicht auch ein Wiederaufleben der finnischen NATO-Diskussion auslösen.